

RGD.-Vorstoß an der innergewerkschaftlichen Front

Der Radikalisierungsprozess der werktätigen Massen schreitet fort. Das zeigt sich besonders deutlich in der immer stärkeren Ablehnung sozialdemokratischer Arbeiter von der SPD, die immer mehr als der gemäßigste Flügel des Faschismus erkannt wird. Das zeigt sich ganz besonders auch in den Reihen der freigewerkschaftlichen Mitgliedermassen, wo die Empörung über die Loserierungspolitik, über die Durchführung der Notverordnungsdistrikte durch die UGB-Führer, über den organisierten Streikbruch der Leipzig, Grafmann, Nisch und Konowisten immer mehr wächst. Trotz der unheilvollen Lage gegen die RGD, in der sich die UGB-Vertragsparteien, die Forderungen des Großkapitals und der Naziführer zu überwinden versuchen, erkennen immer größere Massen der Mitglieder der UGB-Gewerkschaften und der Unorganisierten die absolute Notwendigkeit der RGD-Politik. Freigewerkschaftliche Arbeiter, die noch vor kurzer Zeit im blinden Glauben an die UGB-Führer fest gegen die RGD aufgetreten sind, bekennen sich heute in immer größerer Anzahl zur revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die wenigen Wahlen zu den Ortsverwaltungen der reformistischen Verbände, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, geben ebenfalls den wachsenden Einfluß der RGD auf die Mitglieder der UGB-Gewerkschaften zu erkennen.

Trotzdem die Gewerkschaftsbürokratie Tausende von Mitgliedern ausgeschlossen hat, weil diese frei zur revolutionären Klassenkampflinie standen, vergrößert sich die Opposition unaufhaltsam. Nennen wir einige wahllos herausgegriffene Beispiele aus den bis jetzt durchgeführten Wahlen zu den Ortsverwaltungen:

Bei den Wahlen im Essen durchgeführten Ortsverwaltungs wahlen des DVB hat die RGD einen beachtlichen Erfolg erzielt. Im Bezirk Stadt-Mitte erhielt die Opposition 73 Stimmen, während sie im Jahre 1930 37 Stimmen bekam; in Seegeroth erreichte die Opposition 74 Stimmen, während die Reformisten nur 52 Stimmen erhielten. In Alfenessen bekam die Opposition 64, die DVB-Liste dagegen 66 Stimmen; in Werden erhielt die Opposition 9 Stimmen, die Reformisten erzielten eine einzige Stimme. In der Werdener DVB-Gruppe wurde einstimmig eine Resolution gegen die Notverordnung und gegen die SPD-Ortsverwaltung angenommen.

Auch die in der Heizungsbranche des Essener DVB durchgeführte Delegiertenwahl zur Generalversammlung führte zu einem Erfolg der Opposition. Es wurden diesmal nur oppositionelle Delegierte gewählt. Bei der Wahl der Vertrauensleute war das Resultat: drei oppositionelle und ein reformistischer Vertrauensmann.

In der Klempnerbranche des DVB-Essen wurden ebenfalls alle Funktionen durch die Opposition besetzt. Die Delegiertenwahl im Drahtwalzwerk Krupp führte zu einem Sieg der Opposition; sämtliche Funktionen gingen in die Hände der Opposition über.

Bei den in den letzten Dezembertagen durchgeführten Ortsverwaltungs wahlen des DVB Duisburg-Hamborn wurden folgende Resultate abgegeben: In Duisburg-Hochfeld, Heimbücker-Ort, erhielt die Opposition 147 Stimmen, die Reformisten 106. In Buchholz, Großenbaum, wurden für die Opposition 23, für die Reformisten 12 Stimmen abgegeben. Die Opposition hat also in diesen Gebieten bereits die Mehrheit der Mitglieder erlangt. In Hamborn erhielt die Opposition 87 Stimmen, die Reformisten bekamen 113 Stimmen. Die Wahlen für Duisburg-Stadt ergaben für die Opposition eine Minorität gegenüber den Reformisten von nur vier Stimmen. Der Bezirksleiter wurde von der Opposition gestellt und gewählt. Die Ergebnisse sind um so beachtlicher, als im vergangenen Jahr die Opposition noch keinen nennenswerten Einfluß hatte.

Bei den Ortsverwaltungs wahlen im Textilarbeiterverband Claughnig, Bezirk Leipzig, erlangte die Opposition drei Siege, während die Reformisten nur noch zwei Siege bezielten. Bei den Claughniger Vertrauensmann wahlen im DVB war Stimmengleichheit zwischen Opposition und Reformisten. Bei der Wahl des Zahlstellenleiters des DVB wurde der oppositionelle Genosse zum Vorsitzenden gewählt.

In Kirchheim, Paulitz, hat der oppositionelle Kandidat mit 55 Stimmen um 3 Stimmen den reformistischen Kandidaten überholt. Als Schriftführer wurde ein oppositioneller Kollege mit 57 gegen nur sieben Stimmen gewählt. Die Kartelldelegierten bestehen in der Mehrheit aus Oppositionellen.

Die oppositionellen Erfolge sind keineswegs nur zahlenmäßig zu werten, denn diese Zahlen bringen den gesteigerten Kampfwillen der Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften gegen die Kapitaldistrikte und die UGB-Führer.

Als die besten Stützen dieser Diktatur zum Ausdruck, das beweisen auch die immer zahlreicher werdenden Fälle, in denen die freigewerkschaftlichen Arbeiter über die Köpfe ihrer Führer hinweg Kampfbeschlüsse fassen und trotz des energischen Widerstandes der reformistischen Bürokratie in den Streik treten. Der beiden durchgeführte Streik von 600 Arbeitern im Berliner Möbeltransportgewerbe wurde von den größtenteils noch in der reformistischen Gewerkschaft organisierten Arbeitern gemeinsam mit den RGD-Mitgliedern und den Unorganisierten gegen den Willen der reformistischen Verbandsführer beschlossen und, trotzdem die Bürokratie den Streik für „wild“ erklärte, durchgeführt. Der gegen den notenverordnungsartigen Lohnabbau durchgeführte Streik der Berliner Zeitungsjahrgänger, der mit einem vollen Erfolg endete, bewies ebenfalls die Radikalisierung der freigewerkschaftlichen Mitglieder und den wachsenden Einfluß der RGD; die freitenden Zeitungsjahrgänger waren bis zu diesem Streik in der Mehrzahl noch in der reformistischen Gewerkschaft organisiert. Auch der Teilkreis im Berliner Betrieb des Ullsteinverlages zeigt von wachsendem Einfluß der RGD auf die freigewerkschaftlichen Mitglieder. Obwohl sich in diesem Fall ein Teil dieser freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiter, nachdem sie erst den Streik mitbegonnen hatten, durch die energische Bearbeitung durch die reformistischen Verbandsführer zum Streikbruch verleiteten ließen, kam in diesem Streik dennoch die Radikalisierung zum Ausdruck. Vor wenigen Monaten noch wäre es völlig unmöglich gewesen auch nur wenige der freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiter dieses Betriebes auch nur für einige Stunden Streik gegen den Willen der UGB-Führer zu bewegen.

Die rote Einheitsfront unter Führung der RGD.

erobert sich immer mehr die Mitglieder der reformistischen Verbände

Das Beispiel von UGB, Hennigsdorf, wo am 4. Januar ein 24stündiger Proteststreik gegen den Lohnabbau durch die Notverordnung durchgeführt wurde, ist charakteristisch für den wachsenden RGD-Einfluß. Von der fast 2000 Mann starken Belegschaft haben etwa 97 Prozent den Streik beschlossen und durchgeführt, das bedeutet, daß die freigewerkschaftlichen Kollegen und die SPD-Arbeiter gegen ihre Führer, die eine wüste Hege gegen den Streik führten, entschieden haben. Ein Mißtrauensantrag gegen die reformistischen Mitglieder des Betriebsrates, die den Streik verhindern wollten und sich offen als Interessenvertreter der Notverordnungsdistrikte zu erkennen gaben, wurde einstimmig von der Belegschaft angenommen.

Ähnliche Zeichen des wachsenden RGD-Einflusses hatten fast alle Streikämpfe, die in den letzten Tagen durchgeführt wurden. Besonders im Ruhrgebiet ist die Revolutionierung der Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften zum Ausdruck gekommen.

In den letzten Wochen haben in Köln, Trier, Aachen, Koblenz, Karmen, Königberg, Thüringen, Bremen und vielen anderen Orten Konferenzen oppositioneller Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften stattgefunden. Diese Konferenzen hatten alle ein charakteristisches Merkmal: Duzende von Rednern bekannten sich, nachdem sie einheitlich die reformistischen Führer als Mitglieder der faschistischen Front bezeichnet hatten, zur roten Einheitsfront unter Führung der RGD.

Es ist ganz sicher: Der Einfluß der revolutionären Gewerkschaftsopposition unter den gewerkschaftlichen Mitglieder massen wächst und wächst. Zu dieser Feststellung muß aber gleichzeitig die weitere Feststellung gemacht werden,

daß die Erfolge an der innergewerkschaftlichen Front noch nicht im entferntesten den ausgezeichneten Verbreiterungsmöglichkeiten der RGD in den reformistischen Gewerkschaften entsprechen.

Die jetzt zu verzeichnenden Erfolge sind in sehr vielen Fällen ohne systematische Fraktionsarbeit der RGD-Genossen entstanden. Wirklich systematische Fraktionsarbeit wird heute noch in nur wenigen Fällen geleistet, obwohl diese Arbeit in mehreren Beispielen des erweiterten Reichskomitees als wichtiger Bestandteil der gesamten RGD-Arbeit festgelegt worden ist. Die Beschlüsse wurden ungenügend durchgeführt. Wäre es anders, würde die Hauptkraft der RGD bei der Mobilisierung zu den Kämpfen gegen Lohnraub und Notverordnungsdistrikte der Hauptstoß zugleich gegen die reformistische Bürokratie durch systematische Fraktionsarbeit geführt, würde der Kampf um die Gewinnung aller proletarischen Mitglieder der reformistischen Verbände als eine der wichtigsten Aufgaben aller RGD-Gruppen geführt, müßten die Erfolge bedeutend größer sein.

Die Beschlüsse der eben zu Ende gegangenen Tagung der 8. Session des Generalrats der Roten Gewerkschaftsinternationale betonen in aller Schärfe, daß auf dem Gebiet der fraktionellen RGD-Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften ein starker Tempoverlust zu verzeichnen ist. Ihn in der kürzesten Zeit zu überwinden, gehört zu den dringendsten Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Der RGD muß es gelingen, bedeutend stärker als bisher die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter — allein die in den UGB-Gewerkschaften organisierten Arbeiter zählen noch 4 1/2 Millionen — zu gewinnen. Die RGD, als die einzige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung muß in kurzer Zeit zur Massenbewegung werden. Diesem gewaltigen Ziel müssen die besten Kräfte gewidmet werden. Dadurch allein kann der Masseneinfluß der sozialfaschistischen UGB-Führer vernichtet werden, — und das ist die wichtigste Voraussetzung für den sozialistischen Ausweg aus der Not und dem Elend der Krise.

Das Reichsbanner für Hindenburg

Berlin, 9. Januar (Eig. Bericht).

Auf einer Kundgebung der „Eisernen Front“ erklärte gestern abend der sozialdemokratische Redner, Regierungsrat Mühle, daß die Reichsbannerführung bereits seit langem einen Geheimbeschluß gefaßt habe, der darauf hinaus lief, bei der kommenden Reichspräsidentenwahl erneut Hindenburg zu nominieren. Wörtlich erklärt Mühle:

„Der Bundestag des Reichsbanners hat, was noch nicht bekannt ist, am 24. September einen Beschluß gefaßt, daß das Reichsbanner in der Wiederaufstellung Hindenburgs die einzige Möglichkeit sehe, die Präsidentschaft eines Nationalsozialisten ohne einen Bürgerkrieg zu verhindern.“

Aus diesen Worten spricht die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Führer selbst die Einseitigkeit der neuen Regierungsoffensive sind, die bekanntlich dahin läuft, die große Front von der Sozialdemokratie bis zu Hitler zu schaffen.

Halbjahrplan der RGD wird durchgeführt

Im Verlauf der Durchführung des Halbjahrplanes der RGD steigerte die Betriebsgruppe der Groterjan-Brauerei in Berlin ihre Mitgliederzahl von 22 auf 55, trotzdem während dieser Zeit eine Reihe von RGD-Mitgliedern entlassen wurden. Die Betriebsgruppe von Viktor-Wagner erhöhte ihre Mitgliederzahl von 32 auf 47. Die Betriebsgruppe von Kempinlt von 10 auf 36 Mitglieder. Diese Beispiele zeigen erneut die großen Möglichkeiten, die für die Verbreiterung der RGD in den Betrieben vorhanden sind.

In Sachen haben folgende Ortskomitees in der ersten Etappe des Halbjahrplanes, die bis zum 1. Oktober lief, ihr Verbot überhört:

Querbach i. S., Ehrenfriedersdorf, Lengefeld i. G., Burthardsdorf, Meißner, Freital, Dohna, Baugen, Frankenberg, Marienberg, Eintracht, Borsdorf, Kadobau, Reinsböhla, Bergschiffel, Bermsgrün, Hohenstein, Falkenstein, Herrenhaide, Borna, Köschendroba, Lauja, Dohna.

Das Verbot der zweiten Etappe, die am 1. Dezember beendet war, haben die Ortskomitees Soda u und Aue überhört. Den ganzen Halbjahrplan haben die Ortskomitees Markkleeberg, Niederjeschitz und Jüttau bereits überhört.

In Hirschfeld (Sachsen) fand vor kurzem eine Belegschaftsversammlung statt, an der von der 40 Mann starken Belegschaft 30 Arbeiter teilnahmen. Davon traten 25 Mann sofort in die RGD ein, darunter sämtliche Betriebsräte. Auch dieses Beispiel zeigt die große Bereitschaft der Arbeiter, in die RGD einzutreten und mit ihr zu kämpfen. Es kommt nur darauf an, daß die Betriebsgruppen und Ortskomitees die nötige Aktivität entfalten. Die kurze Zeit bis zum 1. Februar muß jetzt ausgenutzt werden, um den Halbjahrplan nicht nur zu erfüllen, sondern zu überholen.

Ostpreussische Stahlhelmarbeiter kommen zum roten Einheitsverband

Die auf dem Gute K. im Kreise Tilsit-Ragnit arbeitenden Landarbeiter waren unter dem Druck des Gutsbesizers im Stahlhelm organisiert. Durch den gewaltigen Lohnabbau haben die Landarbeiter erkannt, daß sie nicht in den Stahlhelm, sondern in die revolutionäre Front der Landarbeiter gehören. Nach einer Aussprache mit einem Genossen vom EWZ, gaben fünf Landarbeiter folgende Erklärung ab:

„Wir Unterzeichneten erklären, ermit unseren Austritt aus dem Stahlhelm. Wir können es mit unserer proletarischen Ehre nicht vereinbaren, einer Organisation anzugehören, die den Lohnabbau an der Landarbeiterschaft billigt und offen unterstützt.“ (Folgen die Unterschriften.)

Dies ist ein weiteres Beispiel der immer stärker machenderen roten Einheitsfront auf dem Lande. Die Unterschriftenkampagne des Einheitsverbandes der Landarbeiter macht gute Fortschritte. Die Bildung von 50 Kampfgruppen zeigt das Erwachen der Landarbeiter und das wachsende Vertrauen zur RGD und zum EWZ.

Eisenacher Arbeiterinnen streifen

Eine Betriebsversammlung der Glühlampenfabrik Germania in Eisenach sollte den Beschluß, sofort in den Streik zu treten, wenn die Direktion den Lohnabbau nicht zurücknimmt. Als die Verhandlungen des roten Betriebsrats mit dem Unternehmer scheiterten, traten am 7. Januar die Arbeiterinnen und Arbeiter des Betriebes geschlossen in den Streik. 90 Prozent der Belegschaft bestehen aus Frauen und Mädchen. Als die Arbeit niedergelegt wurde, forderte die Betriebsleitung sofort Polizei an und ließ die äußerlich empörten Arbeiterinnen aus dem Betrieb treiben.

Kirche „bannt“ die Arbeitslosigkeit

Auch in Frankreich wächst die Arbeitslosigkeit rapide. Nun kommt aus Paris die Nachricht, daß man sich dort entschlossen hat, gegen die Arbeitslosigkeit Schritte zu unternehmen. Und zwar...? der Erzbischof von Paris, der Kardinal Verdier, hat sich entschlossen, zur „Behebung“ der Arbeitslosigkeit elf neue Kirchen in Paris und Umgebung zu bauen. Darüber, ob auch Synagogen und Moscheen zur Behebung der Arbeitslosigkeit gebaut werden, wird nichts verlautbart.

Woher die Mittel für diese Kirchen? Nun, die sollen eben aus dem Volk herausgepreßt werden. ... Im Ganzen: „produktive“ Arbeitslosenfürsorge.

Genosse Florin des Hochverrats angeklagt

Essen, 8. Januar. (Eig. Drahtber.) Der Genosse W. Florin der Führer des Ruhrproletariats, steht am 15. Januar vor dem Reichsgericht unter der Anklage des „fortgesetzten Verrates des Vorbereitung zum Hochverrat“. Die Anklage stützt sich auf einige Flugblätter, ferner auf Artikel in dem Funktionärblatt der RPD, „Pionier des Bolschewismus“. Außerdem wird dem Genossen Florin Verletzung der Polizei vorgeworfen.

Ein Schlager ist der neue Roman aus der Sowjetunion „Die neue Erde“

von dem bekannten Verfasser des von Hunderttausenden begeistert gelesenen ersten Sowjetromans „Zement“.

Die Nachrichten

haben als einziger Zeitung Deutschlands das Erstabdrucksrecht für diesen Roman erworben und beginnen mit seiner Veröffentlichung am 4. Januar 1932.

Du versäumst viel wenn du nicht sofort bei deinem Zeitungsträger „Die Nachrichten“ abonnierst

Gestaltet die
Lenin Liebknecht Luxemburg
Feiern
zu Massenkundgebungen in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Städten und Dörfern!

Seht für die Winterhilfe der politischen Gefangenen!

Breslau

Breslau, den 11. Januar 1932.

Nun erst recht für Partei und Presse geworben!

Zusammengebrochene Anklage gegen 14 Genossen

Am Freitag standen vierzehn revolutionäre Arbeiter vor den Schranken der Klassenjustiz. In der Anklage wurde ihnen zur Last gelegt, verbotene Flugblätter verbreitet zu haben. Acht Polizeibeamte waren als Zeugen auf. Jedoch vermochte keiner etwas Belastendes anzugeben. Dieser Verfall lag folgender Vorfall zugrunde:

Am Freitag, dem 18. November vergangenen Jahres, waren einige Scheitniger Genossen in Drachenbrunn. Der dortige Polizeiposten hatte nichts Ungewöhnliches zu tun, als bei ihrem Ausblick das Unterfallkommando in Breslau zu alarmieren. Es wurden sofort Verhaftungen vorgenommen, und zwar ganz wahllos. Harmlose Familien und Nachfahrer, alles wurde auf Polizeiauto geladen und nach Breslau transportiert. Einige Rote-Hilfs-Beitragungen wurden beschlagnahmt, jedoch die vermuteten verbotenen Flugblätter waren nicht dabei. Trotz alledem wurde den Genossen der Verfall gemacht.

Der Verfall desselben zeigte wieder einmal, wie willkürlich solche polizeiliche Maßnahmen durchgeführt werden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft versuchte die Situation zu retten und beantragte 30 Mark Geldstrafe oder sechs Tage Gefängnis. Nach seiner Meinung sollte man eine empfindliche Strafe verhängen, um dem politischen „Kamphand“ auf dem Lande das Handwerk zu legen. Das Gericht mußte jedoch zu einem Freispruch kommen, da die gesamte Anklage zusammengebrochen war.

Polizeiterrror, Klassenjustiz und die Anwendung der brutalsten faschistischen Methoden der Bourgeoisie können die revolutionäre Arbeiterklasse nicht abhalten von ihrem Kampf um die Befreiung des Proletariats. Die Propaganda für die Führer des Klassenbewußtseins, die KPD und ihre Presse, die „Arbeiter-Zeitung“, geht mit unvermindelter Kraft weiter.

Durch wirtschaftliche Sorgen in den Tod getrieben

Am Freitag bemerkten Bewohner Gräbischer Straße 9 einen intensiven Gasgeruch. Sie stellten fest, daß das Gas aus der Wohnung der Urmachergewinde B. entströmte. Die Öffnung der Wohnung wurde veranlaßt. Man fand die Frau gasvergiftet auf. Der hinzugerufene Arzt stellte als Todesursache Gasvergiftung fest.

Täglich werden die Zeitungen solche und ähnliche Fälle, wo aus bitterer Sorge um das tägliche Brot Menschen freiwillig in den Tod getrieben werden. Täglich liefert auch die kapitalistische Gesellschaft ein Beweis dafür, daß sie unfähig ist, den Menschen nur das Notwendigste zum Leben zu geben — deshalb mag mit einer neuen Wirtschaftsordnung. Wah gemacht für eine neue — eine sozialistische — wo alle Menschen Arbeit und Brot haben.

Vier Zentner Fleisch brennen

Am Sonnabendmittag erfolgte ein Alarm nach Sandstraße 13. Dort waren in der Räucherlampe einer in dem Grundstück befindlichen Fleischerei wahrscheinlich durch ständiges Feuer etwa vier Zentner Fleisch und Würstchen in Brand geraten. Nach gewaltsamem Öffnen der Tür zur Fleischerei wurde das Feuer mit einer Schlauchleitung zum Erlöschen gebracht.

Autoabsturz in die Ohle

Am Sonnabendnachmittag, als ein Trecker mit zwei Angehörigen der Maurerbrüder nach dem Schling fuhr, um Kies zu laden, stieß plötzlich die Koppelung, und die Wagen sanken die Böschung hin in den Schlamm. Der Fahrer konnte sich noch im letzten Augenblick durch einen Sprung auf die Böschung retten. Die Wagen sind ganz im Schlamm versunken und sollen am Montag gehoben werden.

Straßenunfall

Am Donnerstag gegen Mittag wurde eine Arbeiterin aus der Weiten Straße beim Überqueren des Bahndammes von der Leitzungsbrücke in Höhe des Regierungsgebäudes von einem nachfahrenen Arbeiter aus der Gellhornstraße angefahren und zu Fall gebracht. Bei dem Sturz trug die Fußgängerin einen längsseitigen linken Oberarmbruch davon und wurde von einem Polizeibeamten in das Polizeihospital gebracht. Der Kadfahrer, der ebenfalls verletzt war, trug anscheinend keine Verletzungen davon.

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau

Dienstag, den 12. Januar, um 20 Uhr, im Radenheim, Karasieskae 17, Hebungabend. — Freitag, den 15. Januar, um 22.30 Uhr, Vortragsabend des Genossen Tremler. — Dienstag, den 19. Januar, um 20 Uhr, im Radenheim Jahres-Versammlung.

MASCH

Diese Woche finden folgende Kurse statt:

Montag 20 Uhr: Grundrissen des Marxismus

Dienstag 18 Uhr: Englisch; 20 Uhr: Russisch

Mittwoch 20 Uhr: Esperanto. Stadteil West bei Pohl. Bärentstraße 11, 20 Uhr: „Imperialismus“. Der Kursus findet Sonntag statt.

Donnerstag 20 Uhr: Stenographie. 18.30 Uhr: Arbeitsgemeinschaft. Hoff Dji.

Freitag 20 Uhr: Soziologie und Zeitungen.

An alle Ortsgruppen!

Alle Referentenansforderungen der Ortsgruppen an die KPD müssen durch die Unterbezirksleitung an die KPD gehen! Referentenansforderungen der Ortsgruppen direkt an die KPD werden nicht berücksichtigt. Die KPD, Breslau, den 11. Januar 1932.

Arbeiter-Photographen

Heute Montag 19.30 Uhr, Freiheitsgasse 211, rechts, Zusammenkunft. Aussprache über die Ausstellung am Christophorplatz.

Auch Interessenten sind hierzu freundlichst eingeladen.

Achtung! Ortsgruppenleitungen

Wir weisen unsere Ortsgruppen strengstens an, daß Interate bei den Wahlkreislernen nur solche Vertreter sammeln dürfen, die im Besitz eines Ausweises des Verlages, wie auch eines Ausweises der Bezirksleitung sind.

Vertreter, die nicht im Besitz dieser Ausweise sind, dürfen in keine der Ortsgruppen jede Werbung zu unterlegen und daß Werbe-material abzunehmen. Der Verlag.

Gegen die Lohnabbau- und Streifbruchbürokratie

Breslauer Gemeindearbeiter schließen die rote Einheitsfront

Breslau. Vorige Woche fand im „Oberstrom“ eine Versammlung der Gemeindearbeiter statt, die sich mit dem Thema: „Wie wehren wir den Lohnabbau ab?“ befaßte. Diese Versammlung war einberufen von den Funktionären des Gesamtverbandes und der KPD. Der Referent, ein roter Betriebsrat, zeigte in kurzen Ausführungen die Entwicklung der katastrophalen Lohnabbaumaßnahmen an den Gemeindearbeitern. Er zeigte den Weg der Abwehr in der Bildung der kämpfenden roten Einheitsfront gegen die Lohnabschneider und ihre Lakaien, die Streifbruch organisierende Gewerkschaftsbürokratie. 14 Kollegen beteiligten sich an der Aussprache. Alle Diskussionsredner waren sich darüber klar, daß man nur den vorgeschlagenen Weg beschreiten kann. Von dem Kollegen K., einem alten Verbandsfunktionär, wurde die sofortige Einberufung von Betriebsratsversammlungen und einer großen Gemeindearbeiterversammlung verlangt, welche durch die oppositionellen Gemeindearbeiter einberufen werden soll. Kollege K. führte aus: „Wenn wir auf die Verbandsbürokratie warten wollten, würden wir eher verhungert sein, ehe sie etwas in unserem Interesse unternehmen. Mit diesen Ausführungen fand der Kollege den ungeteilten Beifall aller Anwesenden. Ein anderer Kollege erklärte ganz richtig, daß der Kampf in erster Linie gegen die Lohnabbauwilligen und Streifbruchorganisierenden Gewerkschaftsführer gerichtet werden muß, denn so lange die noch ihren Einfluß auf die Massen haben, werden sie immer versuchen, alle Kämpfe abzuwürgen. Die Diskussion war sehr gut. Ein anwesender christlicher

Funktionär rief unter anderem aus: „Ich bewundere direkt den Kampfgeist, der in dieser Versammlung herrscht!“

Der Kampfgeist der Versammlung fand in einer Entschlossenheit seinen Ausdruck. Diese Entschlossenheit gibt die Plattform zu einem weiteren Handeln und setzt die Termine zur Mobilisierung der Gemeindearbeiter fest.

Im Schlußwort wies der Referent noch einmal auf die Notwendigkeit des unabhängigen Handelns hin. Er forderte die anwesenden Kollegen auf, alle Kraft zur Bildung der roten Einheitsfront einzusetzen und sich zur aktiven Mitarbeit in die bereitliegende Liste einzuschreiben. Dieser Aufforderung leistete ein großer Teil der Kollegen Folge und erklärte sich damit zur aktiven Mitarbeit bereit.

Diese Versammlung hat erneut gezeigt, daß der Kampfgeist der Arbeiterklasse gegen Lohnabbau und Notverordnung in gesteigertem Maße vorhanden ist. Sie hat aber auch gezeigt, daß der Wunsch und der Wille zur Herstellung der kämpfenden roten Einheitsfront schon in weiten Kreisen der Arbeiterklasse verwurzelt ist. Die Versammlung stellte auch fest, daß noch ein großer Teil der Arbeiterklasse durch die Demagogie der KPD- und Gewerkschaftsführer und besonders durch die Phrasen der KPD-Funktionäre vom Kampfe abgehalten wird. Aber diese Erkenntnis ist es gerade, welche den Willen der Arbeitermassen erstarren läßt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen alle Feinde der Arbeiterklasse und insbesondere gegen die Feinde im eigenen Lager zu kämpfen.

Der Katholizismus als staatsbehaltende Macht

Ein wichtiges Geständnis des Herrn Prälaten Kaas

Breslau. Die „Schlesische Volkszeitung“ vom 8. Januar behält einen Auszug aus einem längeren Aufsatz des Prälaten Kaas, dem Führer des Zentrums, den er im „Katholischen Almanach“ veröffentlicht hat. Der Artikel bringt nicht nur die laienmännliche Wiederholung der Thesen, die die Kirche über die Sozialpolitik vertritt, er enthält auch einige wichtige Eingeständnisse, die die katholischen Arbeiter sich gut merken sollten.

Nachdem Herr Kaas wieder einmal Sozialismus und Sozialdemokratie miteinander verwechselt hat, um zu beweisen, daß der Sozialismus den Staat zerstöre — er meint nicht, daß im vollendeten Sozialismus der Staat sich selbst auflöst, da es ja keine Unterdrückten mehr gibt, denen gegenüber der Staat den Zuchtmeister im Interesse der Ausbeuter in der Klassengesellschaft zu spielen hat — behauptet er vom Kommunismus, die alten Methoden der Bekämpfung der Religion mit allen Methoden der geistlichen Zensur und des physischen Terrors, „Abkämpfung aller kirchlichen Formen“, „Aufhebung der Familie“ und des Eigentums, „Auslieferung des Individuums als rechtloses Atom an die von einer diktatorischen Oligarchie beherrschte Gesellschaft“. Da zur Wahrung dieser Behauptungen breitere Raum notwendig ist, werden wir in der nächsten Zeit ausführlicher auf sie eingehen, damit die Arbeiterklasse die Hintergründe erkennt, die diese gegen die KPD, die darin steht.

Dann kommen aber einige für die Arbeiterklasse sehr wichtige Geständnisse, die sich auf die angeblich kirchliche Lage in Deutschland beziehen. Zuerst über die Nazis:

„Man mag ruhig annehmen“, sagt Kaas, „daß die programmatische und faktische Orientierung dieser Bewegung (der NSDAP) erst in ihren tötenden Anfängen begriffen und infolgedessen unertig und korrekturenbedürftig (ist).“

Dier gibt der Führer des Zentrums das Versehen seiner Partei um die Nazipartei an, das Versehen, das auch Prüfung jetzt an den Tag legt bei der Kubhändler wegen der Verlängerung der Reichswehrdienstleistungsperiode, um die Nazis verhandlungsfähig zu machen, damit man sie so schnell wie möglich an die Staatsunterstützung heranführen und die faschistische Front von Breitenscheid-Sollmann bis zu Artur Goebbels verbreitern kann. Die Nazis sind ja „korrekturfähig“! Herr Kaas weiß, daß sie nicht nur ihr ganzes Programm bereits verraten haben, er weiß, daß sie ja allem bereit sind, wenn ein paar fetter Beuten wünden. Und die gehärgerten KPD-Führer des Herrn Weimann werden das „kleinere Übel“ wählen und — tolerieren. Die beiden Flügel des deutschen Faschismus am

zentralen Moment angewandt: der deutsche Naziführer wieder flugbereit. Er schlägt die unklare Notverordnung in den Körper des deutschen Proletariats und meint etwas von: „Siegreich wollen wir Sozialkriegsland schlagen!“

Es müde kann man sich sein, wenn weiter unten über die katholische Kirche geschrieben wird, sie sei „die wahre Mutter der unerschütterlichen Rechte des Individuums gegenüber den überhöhten Machtansprüchen eines sich als Selbstgewalt fühlenden Staates“ (Viel hier: das Kapitalismus, für den der Staat ja nur ein Instrument zur Wahrung der ausgebeuteten Klasse ist.)

Christlicher Arbeiter! Wo hat die katholische Kirche beim „unveräußerlichen Rechte“ gegenüber dem Kapitalismus wahrgenommen? Welches Recht hat sie überhaupt noch, ausgenommen das Recht zum Dummort? Tu — bedingst annehmen die die katholische Kirche. Tu in die Welt noch hinein. Sie verspricht dir ja als Lohn für deine Leistungen das Himmelreich, damit du nicht im letzten Augenblick noch davon fluchst, die dir das letzte Stück Brot genommen haben, sondern selig lächelnd dich über die leeren Eingeweide kränkelst in dem Wohlstand, vom Tische Abrahams aus deine Glaubensgenossen trübten, Altschul und den Prälaten Kaas, der vornehmlich ja auch noch keine Arbeit hat, den du selbst zu sterben, ob ihrer heiligen Wohllebens in der Hölle brodeln zu sehen. Wo ist das Recht der Meinungslosigkeit? Auf Arbeit? Auf ein menschenwürdiges Leben? Sie hat kein Wort von Kapitalismus und ihrem Anteil 15 zum Lohrer gefallen. Und die sie mit Füßen treten, und alle Katholiken, das arbeitervertreterische Zentrum!

Und mit ihm marichiert die gesamte katholische Führerschaft in dieser faschistischen Front, die katholische Kirche ganz offiziell, denn hat der Prälat Kaas, der es ja wissen muß, „sie bezieht nicht nur den Staat an sich, sondern auch den starken Staat“. Das ist eben der Staat der Notverordnungen, der Steuererhöhungen und Lohnsenkungen, des organisierten Streifbruchs, der Gummistempel und „der härteren Waffen“.

Ja das dein Staat, katholischer Arbeiter? Der Staat der katholischen Kirche, die selbst kirchlich ist, ja! Aber, dein Staat? Tu weißt, wie dein Staat aussehen muß und kennst auch den Weg zu ihm: Die einzige, geschlossene Front aller Proletarier!

Die katholische Kirche aber steht in der anderen Front. Und deshalb hast du nichts mehr mit ihr zu schaffen. Deshalb gehörst du heraus aus dieser Kirche, die die Notverordnungen bejaßt. Deshalb gehörst du auch weltanschaulich in die rote Klassenfront, in den „Verband proletarischer Freidenker“.

Im Sturmschritt zur roten Einheitsfront

Vorbildliche Arbeit der Strehleiner Genossen: Zwei neue Ortsgruppen an einem Tage gegründet — Das Sammelfuß der Roten Hilfe um 20 Prozent überschritten

Strehlen. Immer brutaler mühen die Heuler des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse, um je aktiver und stärker auch der Kampf der Werktätigenklasse gegen das mordende System geführt werden. In der Winterhilfskampagne der Roten Hilfe ist der Solidaritätsgedanke des Proletariats stärker als je in anderem Ort zum Ausdruck gebracht worden. Die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, die Kleinrentner, die Angestellten und Beamten, sie alle sind bereit, mit uns gegen die brutale Klassenjustiz zu kämpfen. Die Sommerkampagne hat auch gezeigt, daß viele Schichten nicht gewillt sind, die Beuten aus unserer Reihen, die proletarischen politischen Gefangenen, ohne Kampf preiszugeben. Sie haben auch bereits erkannt, daß es gilt, den 200 in den Gefängnissen und Zuchthäusern Schwachtenden und deren Angehörigen die praktische Solidarität zu beweisen. Daraus läßt sich auch das Sammelergebnis unserer Ortsgruppe zur Winterhilfe erklären.

Unsere Ortsgruppe hat bereits weit über 300 Mark gesammelt und damit um fast 20 Prozent das „Soll“ überstiegen. In ganz kurzer Zeit sammelten: die Genossinnen Sch. und L. 58 Mark, die Genossinnen A. und M. 27 Mark, die Genossinnen T. und J. 25 Mark, die Genossinnen St. und G. 9 Mark, die Genossen E. und A. 16 Mark und so weiter.

An neuen Kämpfern gegen den Polizeiterrror und die Klassenjustiz wurden 6 Genossen gewonnen. Trotz Polizeiverfolgungen und sonstigen Schikanen war es möglich, 400 Brotschürer und „Tribunale“ anzusetzen. Trotz all dieser Arbeit in der Stadt haben die Genossen auch die Landarbeit nicht vernachlässigt. Auch hier wurde sehr gute Arbeit geleistet. So wurden am 3. Januar dieses Jahres

zwei Ortsgruppen mit 40 Mitgliedern geg. lündel.

Die Genossen haben richtig erkannt, daß es notwendig ist, die Landarbeiterklasse von dem Terror der Nazis zu befreien, und daß die Landarbeiterklasse auch eine wichtige Schicht des Proletariats ist, welche in die kämpfende rote Einheitsfront eingegliedert werden muß. Die Genossen der neugegründeten Ortsgruppen haben sich verpflichtet, die selbe vorbereitende Arbeit zu leisten, wie es die Genossen der Ortsgruppe Strehlen taten, und alle ihre Kraft einzusetzen zur De-

ganisierung der roten Einheitsfront und den Kampf vorzubereiten und zu führen gegen Ausbeutung, Faschismus und Klassenjustiz.

Überall müssen Stützpunkte und Ortsgruppen der Partei, des Kampfverbandes, der Roten Hilfe und so weiter geschaffen werden. Das Sprachrohr des revolutionären Proletariats, die „Arbeiter-Zeitung“, muß in jedes Haus und in jede Hütte der Stadt- und Landbewohner gebracht werden. In allen Orten müssen die Genossen mit vereinten Kräften an der Organisation der roten Einheitsfront mitarbeiten. Es gilt, in erster Linie die Betriebsarbeiter gegen die ständigen Lohnabbüge zu mobilisieren und das Bündnis zwischen Betriebsarbeitern, Erwerbslosen und der Bauernschaft herzustellen.

Achtung, Erwerbslose!

Ab Montag, dem 11. Januar, findet die Auktion auf der Güterverkaufsstelle 17 für alle Erwerbslose nur noch Montag, Mittwoch und Sonnabend in der Zeit von 9 bis 13 Uhr statt. Für Hoffstands-, Fürsorge- und Pflichtarbeiter Mittwoch von 17 bis 19 Uhr. Landes-Erwerbslosenrat Schlesien.

Verantwortlich für die erste und zweite Ausgabe: Probus und Kofales; Hermann Wölkemann, Breslau. — Für die übrigen Seiten: A. Gendrich, Berlin. — Für Anzeigen: Albert Gellum, Breslau. — Verlag und Druck: Edelsteine Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibitzer Straße 50.

Schauspielhaus

Täglich 9 1/2 Uhr

Opernspiel

Coronatheater Zürich

Wiens

populärer Komiker

Josel Egger

in

Frühling im

Wienwald

San.-Rat

Dr. Sachs

Kaiser-Wilhelm-Str. 54

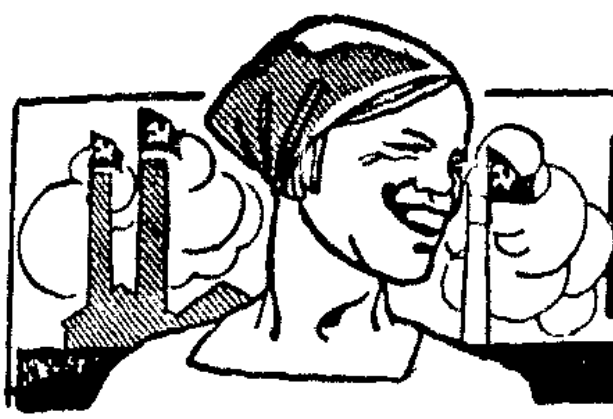
Sprechstunden:

8-10 vorm. und 3-5 nachm.

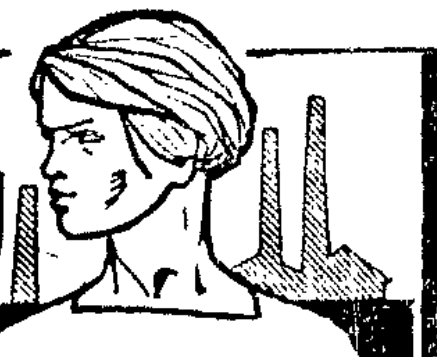
Genossen!

merkt ihr

Gute Presse!



Die werktätige Frau



Streikversammlung im Zeichen des internationalen Frauentages

„Ich kämpfe mit euch bis zum Schluß“

Reportage vom Glend und Kampf Berliner Arbeiterinnen der Porzellanwerke

Vormittags 10 Uhr in der Berliner Stadtbahn, die Richtung Obersee fährt. Man runderd sich über die volle Besetzung des Zuges, denn sonst ist um diese Zeit der Verkehr bei weitem nicht so stark. Aber das kommt daher: Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Porzellanwerkes streiken! Jetzt fahren die Arbeiterinnen und Arbeiter zur Streikversammlung. Manche müssen Streikposten besetzen und dieser oder jener hat irgendeine andere Funktion. Alle geht der Streik an und alle sind einmütig vom Kampfwillen befeelt.

Der Lohn, der bisher in dieser „Anodenhude“ bezahlt wurde, betrug durchschnittlich im Afford 80 Pfennig. Jetzt geht der Unternehmer aus Grund der letzten Notverordnung dazu über, diesen geringen Satz im Afford auf 57 Pfennig und 48 Pfennig im Stundenlohn abzubauen. Das bedeutet, daß die Arbeiterinnen überhaupt keine Möglichkeit mehr sehen, mit diesen Hungerpfennigen ihr jämmerliches Dasein zu fristen.

Vor dem Betrieb Ansammlungen. Schupo, Arbeiterinnen mit umgehängten Passschildern, die mit großen Buchstaben das inhaltvolle Wort

Streik!

verkünden. Sie tragen die Schilder voller Stolz. Siegesbewußt erzählen sie von den Ereignissen des Tages. Kälte und Hunger können ihnen nichts anhaben; wir müssen jetzt kämpfen, denn sonst verhungern wir! Auch wenn wir arbeiten. Überall rege Diskussionen...

Nazis natürlich Streikbrecher

Sie werden früh mit dem Auto gebracht und am Nachmittag von einer „Streikbrecherschutzgarde“ mit „Heil Hitler“-Rufen abgeholt und zur Stadtbahn gebracht. Die Frauen stellen die Streikbrecher zur Rede. Aber was geben ihnen die Naziarbeiter zur Antwort: „Wir können nichts machen gegen den Beschluß unserer Führer.“ Die Hitler, Goebbels und Co. haben offen zum Streikbruch aufgerufen und damit bewiesen, daß die NSDAP eine Partei des Großkapitals ist.

Die nachliegenden Arbeitsämter hatten Arbeiterinnen zur Arbeit bei Porzellan vermittelt. Sie kamen. Bildeten sich schon um, sie sahen die Plakate „Streik!“. Da kam ihnen die Erkenntnis: Nein, zu Streikbrechern werden wir nicht! Kolleginnen, wir hatten zu euch. Eure Forderungen sind unsere Forderungen.

Sie sind sehr jung, Fräulein...

Ein Teil der Arbeiterinnen steht vor dem Fabrikstor. Um 16 Uhr sollten sie ihr Geld bekommen, den Lohn, den sie in der Weihnachtswoche sauer verdient haben. Eine Arbeiterin hatte Glück. Sie hat ihren Lohn bekommen und zeigt uns ihre Lohnzettel.

2 1/2 Akkordstunden macht	16,61 M.
5 Lohnstunden	6,16 M.
Abzüge: Krankenkasse	0,20 M.
Abzüge: Krankenversicherung	0,60 M.
Arbeitslosenversicherung	0,91 M.
	2,41 M.
verbleibend:	20,36 M.
An Vorschuß haben Sie erhalten:	20,- M.

Alle bekam sie 56 Pfennig ausgezahlt. Den letzten Arbeitstag hat man noch nicht vertan. Die Arbeiterinnen sind empört über das Verhalten der Firma. Aber die kleine schwächliche Arbeiterin mit ihren 56 Pfennig in der Tasche erklärt: „Nein, zum Streikbrecher werde ich auf keinen Fall, ich kämpfe mit euch bis zum Schluß!“

Eine andere Arbeiterin hatte ihre Arbeitskleidung geholt. Sie berichtet von den Methoden, die die Firma anwendet, um die Arbeiterinnen wieder zur Arbeit zu bringen. „Überlegen Sie

es sich genau. Sie sind noch sehr jung, Fräulein... es ist ein politischer Streik, in den Sie mit hineingezogen worden sind!!! Überlegen Sie...“

Die Arbeiterin hat ihr die richtige Antwort gegeben:

„Ich brauche Ihre Auffklärung nicht, im übrigen haben wir es uns viel zu lange überlegt. Wir hätten schon früher streiken sollen.“

An den schwarzen Tafeln innerhalb des Betriebes sind Zeitungsausschnitte angeheftet: „Die KPD fällt den Streikenden in den Rücken. Die Streikfronten brechen überall zusammen“ usw. Mit solchen Verleumdungen über die KPD, die Führerin im Kampf um Lohn und Brot will man die Streikenden in ihrem Kampfwillen erschüttern.

Wir werden alle lungenkrank

„Die Arbeit wird zur schlimmsten Qual. 14 Kisten müssen an einem Tage gelistet werden. Bei voller Arbeitszeit verdienen wir im Afford 31 Mark die Woche. Aber jetzt nach diesem ungeheuren Lohnabbau! Bei Kurzarbeit, wie in den letzten Wochen, bekommen wir nur noch ungefähr 9 Mark heraus. Und dazu diese saumäßige Arbeit! Zum Löten benutzen wir Salzsäure. Diese Dämpfe legen sich auf die Lunge. Wir werden alle schwindlig. Das Lötlot frißt sich in die Hände ein. Auf den Kleidern haben wir immer Flecken von dem säurehaltigen Wasser. Einen Gehraum haben wir auch nicht. Waschmittel stehen uns nicht zur Verfügung.“

„Das Elektrolit zerfrisst die Haut, wir kriegen alle blaue Lippen...“ erzählt eine ältere Arbeiterin aus der Füllerei.

Tempo, Tempo ist bei uns die Hauptlozung. Hebel hin, Hebel her! Die Arme werden ganz schlapp. Früher bedienten zwei Arbeiterinnen eine Mäschine, jetzt ist es gerade umgekehrt. Wir arbeiten für ein Mäschinchen vor und da könnt ihr euch denken wie wir da ran müssen. Schuften müssen wir bis zur völligen Erschöpfung! Wir sind immer ganz durchgeknallt. Und in diesem Zustand müssen wir über den Hof zum Ausretten. Rheumatismus werden wir überhaupt nicht los...“

Das ist rote Einheitsfront

Wir gehen zur Streikversammlung. Das Lokal ist schon brechend voll. Überwiegend Frauen sind in der Versammlung. Eben berichtet ein DWA-Kollege von der Schändlichkeit der reformistischen Gewerkschaftsführer. Kollegen hatten sich auf dem Büro befragt und wollten den Stempel für die Streiktage haben. Aber was war die Antwort der DWA-Bonzen?

„Es ist ein milder Streik. Seht euch mit den Kollegen von NAAU in Verbindung und jagt ihnen, daß gearbeitet wird. Streikunterstützung zahlen wir nicht. Ihr müßt wieder in den Betrieb gehen.“

Alle sind empört über dieses Verhalten der Gewerkschaftsbürokraten. Genau wie der „Vorwärts“, so sind die reformistischen Gewerkschaftsführer bereit, im Interesse des proletarischen Streikbrechergeistes der sozialdemokratischen Führerschaft!

Die Streikabstimmung ergab einmütiges Bekenntnis zur Weiterführung des Streiks unter Zugrundelegung der Forderungen:

Keinen Pfennig Lohnabbau! Lieferung von Seife! Bereitstellung von Arbeitskleidung für die Arbeiterinnen der Stepperei! Einrichtung von Ventilatoren!

Auf dieser Streikversammlung wurde Stellung genommen zum Internationalen Frauentag und zum 3. Reichstagskongreß werktätiger Frauen. Mit Begeisterung wurden zehn streikende Arbeiterinnen zur Unterbezirks-Delegiertenkonferenz werktätiger Frauen gewählt.

168 Kinder haben den Bleistift hervorgeholt — und haben uns geschrieben



16.50 Mark die Woche kriegt Vatern

Heute bringen wir erst einmal die Briefe der kleinen. Beide erhalten als Preis das Buch „Dietrich“

Daß der Staat unseren Vätern wieder weniger Unterstützung gibt, ist gemein. Aber das kommt davon, weil keine Arbeiter bestimmen. Die das gemacht haben, brauchen nicht zu frieren. Mein Vater kriegt 16 Mark und 50 Pfennig in der Woche. Wir sind vier Personen. Wenn der Vater das Geld bringt, holt er gleich Kohlen. Freitags habe ich vier Stunden Schule. Da gibt mir die Mutter einen Milchgroshen mit, weil es bei uns keine Fremdmilch gibt, wenn man nicht lungenkrank ist. Nachmittags gehen wir einkaufen. Da holen wir für die ganze Woche. Wir kaufen Margarine für 38 Pfennig das Pfund, weil die Mutter sonst nicht langt. Sonnabend früh holen wir von der Freibank Fleisch für die ganze Woche. Das salzt die Mutter ein, da sagt sie immer, das wäre richtiges Mittagessen. Gemüse müssen wir auch kaufen, weil wir keinen Garten haben. Wir wohnen im Hinterhaus 3 Treppen in Stube, Schlafstube und Küche. Das kostet im Monat 16 Mark. Das müssen meine Eltern auch von der Unterstützung bezahlen. Neue Kleider macht uns meine Mutter aus altem Zeug, was wir manchmal geschenkt kriegen. Die Sachen halten bloß nicht lange. Die Mutter muß egal flicken. Wenn unsere Schuhe kaputt sind, kauft der Vater Leder und Genosse Schuh oder Alfred machen sie uns ganz, weil meine Eltern den Schuster für das Reparieren nicht bezahlen können.

Wenn aber die Großen nicht mehr über die Arbeiter bestimmen, dann kriegt unser Vater auch wieder Arbeit. In Rußland ist es viel besser, da kriegen die Arbeiter ihr richtiges Geld, was sie verdient haben, weil es keine Großen sind. Wenn aber die ganzen Arbeiter in die KPD eintreten, dann können sie die Großen bald fortjagen. Ich will es schon allen Kindern erzählen, wer schuld ist, daß es den Arbeitern so schlecht geht. Alle Kinder müssen Pioniere werden und dürfen nicht in den Religionsunterricht gehen.

Seid bereit!
Ursula M., acht Jahre alt.
Riesa a. d. Elbe.

„Mein Vater hat noch Arbeit — trotzdem hungern wir“

Mein Vater verdient 550 Franken den Monat, davon sollen sechs Personen leben. Meine Mutter weiß nicht, wie sie einteilen soll. Es langt immer nicht. Es fehlt an Kohlen und an Schulwerk für uns. Fleisch bekommen wir die ganze Woche nicht zu essen. Ich und meine Schwester, die elf Jahre alt ist, und mein jüngerer Bruder sind in der Pioniergruppe. In der Schule werden wir immer von den anderen Kindern darum angesehen, aber wir nehmen immer mehr Kinder dorthin. Ich habe auch schon Flugblätter ausgetragen. Wenn alle Kinder die „Trommel“ lesen, dann lernen sie unseren Vätern höheren Lohn zu erkämpfen und das kapitalistische System zu stürzen, eine Arbeiterwelt aufzurichten. Dann werden wir's besser haben.

Seid bereit!
Heinz G., acht Jahre alt.
Neunkirchen (Saar).

Falls

du uns noch nicht geschrieben hast, so hole es heute noch nach. Unsere Adresse: An die „Trommel“, Berlin C 25, Kleine Alexanderstr. 28.

Die Trommel
Nr. 1 ist da!
Ihr müßt sie
alle lesen



Verantwortlich: Alfred Fendrich, Berlin.

Freie Bäuerinnen auf freiem Land



Frauen einer sowjetrussischen Kollektive

Aus der neuen Broschüre „20 000 Frauen rufen: Her zur roten Einheit gegen Hunger und Faschismus!“ Berichte über die 146 Finken-Kongresse werktätiger Frauen. Im Anhang das von der kommunistischen Reichstagsfraktion im Oktober 1931 eingebrachte „Schutzprogramm für die werktätige Frau“. Sie ist zum Preise von 10 Pfennig bei allen Literaturverkäufern erhältlich.



Am 14. Januar

ist der Todestag unserer großen Führer

Karl Liebknecht
Rosa Luxemburg

Beide wurden im Jahr 1919 nach den Spartakuskämpfen in Berlin von Weißgardisten erschossen, die von dem Sozialdemokraten Noske kommandiert wurden. Zum Andenken an Karl und Rosa tragen alle Pioniere am 14. Januar ihr rotes Halstuch und erzählen allen Kindern in der Schule vom Leben unserer ermordeten Genossen.

Aufruf der Roten Sportinternationale

Nieder der faschistische Terror! — Nieder der Faschismus!

An alle Sporttreibenden Arbeiter der Welt!

Das verfluchte Volk aller Länder erhebt sich zum Protest gegen die neuerliche Welle des blutigen faschistischen Terrors auf dem Balkan (Bulgarien, Jugoslawien) und in Polen. In diesen Ländern der Schicksal... Taktik eröffnete die Bourgeoisie in der letzten Zeit einen neuen Terrorfeldzug gegen das revolutionäre Proletariat und seine Führer.

In Bulgarien sind unter den Massenbewegten Arbeitern Massenverhaftungen vorgenommen worden, die Verhafteten wurden in den Polizeigefängnissen grausam gefoltert und eine Reihe von ihnen, darunter die Führer des Jugendproletariats, Volksschlichter, Zalkbal, Kamen, Kostichoff u. a., schließlich ermordet. Zur gleichen Zeit werden auch in Jugoslawien gegen die werktätigen Massen verheerende Terrormaßnahmen angewandt. Vor kurzem wurden drei kroatische nationalrevolutionäre Jugendliche hingerichtet. Die Polizei tötete die Führer der kommunistischen Jugendlichen, Tscheljal und Abramisch. Das tschechische Polen gleich einem einzigen Gefängnis und Hinrichtungsplatz. In der letzten Zeit sind vielfach Todesurteile gegen revolutionäre Arbeiter vollstreckt worden. So wurden die Arbeiter Walecki und Sakrajewski vom Volksgericht wegen einer Demonstration für die Verteidigung der Sowjetunion zum Tode durch den Strang verurteilt; in Warschau, dem unterdrückten westrussischen Gebiet, erhängte man sieben Eisenbahner, wegen angeblicher Spionage zugunsten Sowjetrußlands. Tausende und aber Tausende Proletarier schmachten in den Gefängnissen, wo sie den grauamen Folterungen der faschistischen Scham-Agenten ausgesetzt sind.

Dies alles nur deshalb, weil diese Führer der werktätigen Massen den revolutionären Massen aus ihrem Elend und Hunger zeigten, weil sie sich als unerschrockene Klassenkämpfer an die Spitze des sozialen und nationalen Befreiungskampfes der arbeitenden Klasse stellten. Die faschistische Bourgeoisie beabsichtigt, durch Massenverhaftungen, Folterungen und Todesurteile die für die Befreiung aus dem kapitalistischen Joch kämpfenden werktätigen Massen einzuschüchtern. Ihre blutige Terrorwelle als Antwort auf die Bereitwilligkeit der Werktätigen zur Verteidigung des proletarischen Vaterlandes — der Sowjetunion — zu heben, ist zugleich eine politische Demonstration dieser faschistischen Taten gegen den Sowjetstaat und hebt im engsten Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Intervention der internationalen Mächte gegen das Land des aufbauenden Sozialismus.

Der Bewegung aller Werktätigen der Welt gegen den Terror der Faschisten müssen wir auch die Bewegung der werktätigen Massen in Schottland, die sich den faschistischen Massen erwehren, beifügen. Diese Bewegung ist die Idee der proletarischen Überkultur in den genannten faschistischen Ländern. In Schottland organisierten sie den Kampf gegen die Einführung der Faschisten-Verfassung, durch welche alle Jugendlichen von schottischer und irischer Herkunft in die Faschistische Jugendbewegung einbezogen werden. In Schottland haben die Führer der kommunistischen Jugendbewegung und die Jugendführer der unterdrückten Massen in der Provinz eine Bewegung der Sporttreibenden Arbeiter und Frauen in der ganzen Insel organisiert. Diese Bewegung ist die Grundlage für eine internationale proletarische Bewegung, die ebenfalls beabsichtigt, die faschistischen Terrormaßnahmen zu bekämpfen und die Arbeiterklasse zu organisieren.

Wir fordern die roten Sportler und die gesamten Sporttreibenden Arbeiter aller Länder auf, eine allgemeine internationale Protestkampagne gegen den Terror des Faschismus zu organisieren. Nehmt an internationalen Wettkämpfen in dem blutigen Terrorfeldzug des Faschismus gegen das arbeitende Volk! Organisiert als Ausdruck eurer Sympathien mit den verhafteten, gefolterten und ermordeten Genossen auf dem Balkan und in Polen Protestkundgebungen und Demonstrationen! Verknüpft diese Protestkampagne mit der Entfaltung eines Massenkampfes gegen den Faschismus und gegen die faschistische Herrschaft und Militarisierung des Sportes im eigenen Lande!

Nieder der faschistische Terror! Nieder der Faschismus!
Vereit zur Verteidigung der Sowjetunion!
Es lebe der sozialistische Weltkongress der Arbeiterklasse!
Exekutiv-Komitee der Roten Sportinternationale.

154 Vereine im Dezember zur K6.

Am Monat Dezember haben sich der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit 154 Vereine neu angeschlossen. Davon sind 83 Vereine mit namentlicher Mitgliederliste in einer Gesamtzahl von 2480 Mitgliedern gemeldet. Aus Sachsen sind darunter 23 Vereine, aus Mitteldeutschland 14 und aus Baden (Saar) 17 Vereine.

Dieser Zugang bei der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit bringt den Fortschritt der roten Sportfront zum Ausdruck. Es handelt sich nicht nur um neue Vereine, sondern auch um Vereine aus dem reformistischen Lager sowie aus den bürgerlichen Sportverbänden.

DSU. 1910 und Sparta Berlin

Am 1. Dezember 1932 hat im Schachklub von die Schachmeister... DSU. 1910 und Sparta Berlin... Am 1. Dezember 1932 hat im Schachklub von die Schachmeister... DSU. 1910 und Sparta Berlin... Am 1. Dezember 1932 hat im Schachklub von die Schachmeister...

Internationale Wettkämpfe!

Am 1. Dezember 1932 hat im Schachklub von die Schachmeister... Internationale Wettkämpfe! Am 1. Dezember 1932 hat im Schachklub von die Schachmeister... Internationale Wettkämpfe! Am 1. Dezember 1932 hat im Schachklub von die Schachmeister...

Gleichzeitig war auch ein Fußballwettkampf zum Austrag gekommen. Hier trat der Meister des Württembergischen Landesgebiets der DSU, Stuttgart, gegen Basel mit 1:0.

Reformisten u. Bürgerliche beisammen

Das Zentralorgan der belgischen Sozialdemokratie „Le Peuple“ will seinen Lesern mitteilen, dass hier belgischen Verbände: die Arbeiterliche Föderation, die sozialistische belgische Föderation, die Föderation zugehöriger Gewerkschaften und die Sozialistische Föderation sich zu-

sammengeschlossen haben. Es handelt sich um die Frage des Uebergehens in eine staatliche Organisation.

Nach der Tschchoslowakei, wo die reformistischen Sportsführer unter aktiver Beteiligung des USJ-Sekretärs Siba einen Einheitsausschuß mit den Vertretern der bürgerlichen Sportverbände gebildet haben, kommt es nun auch in Belgien zu einem Bündnis zwischen den Reformisten und Bürgerlichen. „Le Peuple“ berichtet weiter, daß unter den genannten Verbänden eine Uebereinstimmung über die gemeinsame Beteiligung an offiziellen Festen erzielt wurde.

Unter Polizeikontrolle!

Wir haben in unserer letzten Nummer hingewiesen auf die neue Kampagne, die die Zentrums- und sozialdemokratische Presse sowohl gegen die Sowjetunion als auch gleichzeitig gegen die Kampf-

Landeskonferenz Schlesien!

Am 6. und 7. Februar in Breslau. Nehmt sofort Stellung dazu. Wählt liberale Delegierte. Die Konferenz wird auf breiter Einheitsfront durchgeführt. Deshalb muß vor allen Dingen Wert auf Delegierte aus bürgerlichen und reformistischen Organisationen gelegt werden. Die Finanzierung muß durch Herausgabe von Sammelstiftungen sichergestellt werden.

Ausscheidungs spiel um die Bezirksmeisterschaft

Fanal-Schwarz-Weiß — Fanal-West 4:0

Das Fußballwetter herrschte am gestrigen Sonntag, als Schiedsrichter Keller (Kortina) vor einer ansehnlichen Zuschauermenge das erste Spiel feierte. Der Innensturm der Schwarz-Weißen liegt sich sofort durch, doch die gegnerische Hintermannschaft vereitelt den Erfolg. Schwarz-Weiß ist leicht im Vorteil, doch die eifrigen Westleute sind jeder Phase gewachsen. Nach zehn Minuten ist der erste Mann von West zur Stelle, und bei seinem Erscheinen gelingt es Schwarz-Weiß, durch hohen Schuß den ersten Treffer zu buchen. Der Mittelfürmer von West muß kurz darauf wegen Verletzung das Spielfeld verlassen. Bis zur Halbzeit ist Schwarz-Weiß weiter leicht im Vorteil, doch der West Torwart entledigt sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit. Nach der Pause das selbe Bild, doch raßt sich später Fanal-West mächtig auf. Die Hintermannschaft der Schwarz-Weißen bekommt nun reichlich zu tun. Bald jedoch ist die Kraft von West verfliegen, und Schwarz-Weiß erzwingt ein offenes Spiel, in welchem in kurzen Abständen zwei weitere Tore geschossen werden. Ein Hochschuß des Weststürmers beendet endgültig das Schicksal von West, die sich tapfer während der ersten Punkte abgeben mußten.

Das Spiel hat unter dem harten Boden und konnten die Spieler im vollen Maße nicht zur Entfaltung bringen. Inpenierend war die faire und ruhige Spielweise beider Mannschaften und kann man nur hoffen, daß dieses Spiel Nachahmung findet.

Gesellschaftsspiele

Süd 1 — Nichte 1 Trebnitz 7:0

Beide Mannschaften trafen sich im fünften Rekonstruktions auf dem Waidmayer Platz. Die bessere Spielweise von Süd verschaffte das obere Resultat, doch muß erwähnt werden, daß die faire Kampfweise beider Mannschaften allgemein Anklang fand. Schiedsrichter Rosenthal blieb zur Zufriedenheit.

Vor diesem Spiel trafen sich die 2. Mannschaften obiger Vereine. Auch hier besiegte Süd sicher (5:2).

Rot-Weiß 1 — Solidarität 1 2:2

Der harte Boden sowie die stark verbesserte Spielweise Solis verhalf ihnen zu obigem Resultat. Beide Mannschaften verfügten über technisch gutes Können, doch mußte Rot-Weiß bei etwas mehr Härte gewinnen.

Grün-Weiß 1 — Dynamo 1 6:1

Die hier mit Erfolg antretende Dynamomannschaft mußte sich von den Grün-Weißen verdient schlagen lassen.

Dynamo III — Schwarz-Weiß III 1:0

Görlitz 1 — Bunzlau 1 2:3 (2:2)

Am ersten Sonntag im neuen Jahre hatte sich Görlitz Gäste aus Bunzlau zum Rückspiel verpflichtet. Diese brannten darauf, ihre letzten in Bunzlau gefasste Niederlage wieder wett zu machen, was ihnen auch gelang. Mit dem Anstoß von Görlitz entwickelte sich bald ein flottes Spiel. Die Görlitzer Mannschaft, die man wieder einmal umgehört hatte, konnte sich nicht zurechtfinden. Alle noch so gut eingeleiteten Angriffe der Sturmreihe werden von der Gegners Hintermannschaft zunichte gemacht. Dann ist es doch die Görlitzer Mannschaft, die hintereinander zweimal einfindet und somit in Führung geht. Nun drückte aber Bunzlau auf Tempo, und innerhalb 10 Minuten ist der alte Gleichstand hergestellt. Bei 2:2 werden die Seiten gewechselt. Infolge des merkwürdigen Bodens flaut das Spiel nach der Pause ab. Erst kurz vor Schluß gelingt Bunzlau der Siegestreffer und damit die Revanche. Der Schiedsrichter war dem Spiel ein gerechter Leiter.

Görlitz II — Bunzlau II 2:0 (1:0)

Bunzlau I. Knaben — Görlitz I. Knaben 0:0

Das Spiel steigt um 1/2 Uhr auf dem Friedricksplatz, der sehr unruhig ist. Beide Mannschaften stehen sich mit 10 Mann gegenüber. Zuerst entwickelt sich ein flottes Spiel. Görlitz ist vor dem Bunzlauer Tor. Doch gegen die Bunzlauer Verteidigung und Tormann ist nicht anzukommen. Es geht in die Halbzeit ohne einen Torer. Wieder ist Görlitz stark im Angriff, aber alles vergebens. Der Bunzlauer Mittelfürmer hat einen guten Zielauswurf, doch fehlen ihm jegliche Unterhaltungen. Es folgen einige gute Alleingänge des Bunzlauer Mittel-

gemeinschaft für rote Sporteinheit in Saena setze. Mit Folgen sollten fehlende Tatsachen vorgebracht werden. Die Motorsportpartei der Kampfgemeinschaft wurde als eine „Nachorganisation“ des aufgelösten Roten Frontkämpferbundes bezeichnet.

Dieser Akt hat der Hamburger Polizeibehörde, die unter Befehl eines Sozialdemokraten steht, genügt, die Silvester-Veranstaltung der Motorsportpartei des Arbeitersportvereins „Nichte“ in Hamburg zu verbieten. Die Unmöglichkeit, diese Maßnahme irgendwie geschäftlich zu rechtfertigen, veranlaßte die Polizei später die Veranstaltung unter Kontrolle als geschlossene Gesellschaft stattfinden zu lassen.

Aus dem Berliner Norden

Im Nordbezirk der Fußballpartei im Landesgebiet Berlin-Brandenburg kommen die Serienspiele im Fußball immer mehr in den Bereich der Entscheidungsspiele. In den beiden Abteilungen der ersten Klasse steht Panlow OS bei 12 ausgetragenen Spielen mit 21:3 Punkten an der Spitze. In der Abteilung B nimmt Minerva-Portigwalde bei 11 Spielen mit 28:0 Punkten eine dominierende Stellung ein.

Sie machen doch mit

Im nächsten Jahr findet in Prag aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr des Geburtstages von M. Tyrš, des Begründers der tschechischen Volksschule, das Bundesfest des Solal statt. Das eigentliche Bundesfestveranlassung Ende Juni und Anfang Juli, gehen im ganzen Reiche sogenannte Tyrš-Festlichkeiten voraus. Der Bundesvorstand des DSJ-Verbandes (DSJ-Sektion) hat beschlossen sich an diesen Festlichkeiten zu beteiligen. Einen ähnlichen Beschluß faßte nun auch die Kreisvertreter-Konferenz der DSJ, obwohl inzwischen der vollständig militärische und faschistische Charakter des Programms des Solalfestes bekannt wurde. Die reformistischen Sportsführer machen dennoch mit.

läufers, aber sie scheitern an der ebenfalls guten Görlitzer Verteidigung. Es erfolgt der Schlußpfiff. Das Spiel steht 0:0.

Landesleitung

Mittwoch, den 13. Januar. Sitzung bei Gen. Schwarz. Jeder Funktionär hat zu erscheinen und einen schriftlichen Bericht über Stand und Entwicklung der Bewegung sowie seiner Arbeit mitzubringen.

Erweiterte Landesleitungssitzung

am Freitag, dem 15. Januar. Dazu haben alle Funktionäre des Agitationsbezirks sowie die Fraktionsleiter der Vereine zu erscheinen. Jeder Genosse hat einen Tätigkeitsbericht über Stand und Erfolg seiner Arbeit mitzubringen. Zeit und Lokal wird noch bekannt gegeben.

Verhandlungsausschuß

Montag, den 11. Januar 1932. 20,15 Uhr: Schiedsrichter Bornht (Dynamo). 20,30 Uhr: Schiedsrichter Meier (DSJ). Eämtliche geladenen Genossen erscheinen mit Pfg.

USC. Sparta (USC)

Unsere Trainingsabende finden jeden Mittwoch und Sonnabend Mieterstraße 11 statt. Mitglieder werden dortselbst aufgenommen.

Nichte (Turner)

Unsere Generalsitzungsversammlung findet am Mittwoch, den 13. Januar, um 20 Uhr im Solal Grundmann, Kraussfurter Straße, gleich hinter der ersten Unterführung, statt.

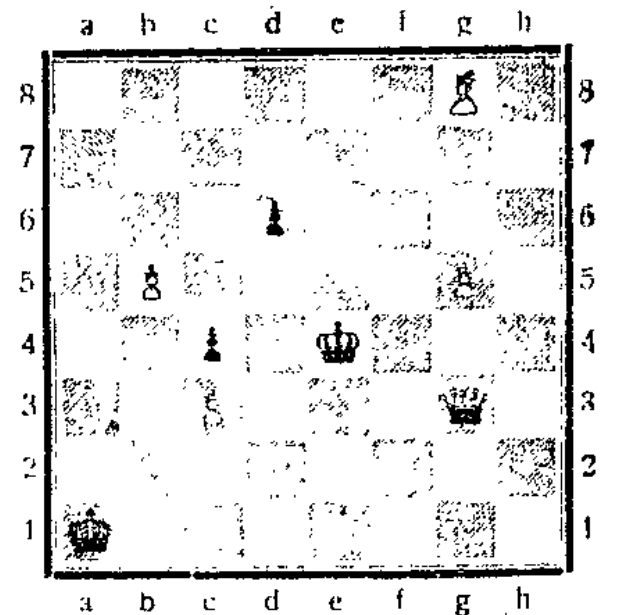
USB. Nichte-West

Nächste Sitzung Freitag 20 Uhr bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße. Eämtliche Funktionäre des Vereins haben um 19 Uhr zu erscheinen.

Schach-Ecke

Einsendungen an Robert Berger, Breslau, Matthiasstraße 139.

Von Märtsch, Deutsche Schachzeitung 1862.



Matt in 3 Zügen

Lösung aus voriger Schachede:

1. T x 4 — h 4, K f 8. 2. Th 8 — K x S 7. 3. L g 3 — e 5 matt. Das schöne Matbild! 2. ... K f 8 — e 7. 3. L g 3 — h 4 matt. Nach 1. ... K e 7 — d 8 folgt 2. Th 8, K e 8. 3. L e 8 — e 6 matt.

Generalversammlung

der Roten Schachspieler im USB. Fanal, 1. Abt. In den Vorstand wurden wiedergewählt: 1. Vorsitzender Robert Berger, 1. Kassierer Max Goldmann, 1. Spielkommandant Gen. Ständer. Die Spielabende finden jeden Mittwoch 20 Uhr bei Schirdewan, Körberer Straße, Ecke Weisenburger Straße statt.

Telegraphiepartie Breslau — Veningrad (Fortsetzung)

Partie 1: d 7 — d 6, T f 1 — e 1, h 7 — h 5, 8. L h 4 — e 2. Partie 2: 6. e 4 x d 5, S f 6 x d 3, 7. S g 7 x f 8, e 6 x d 5; hier hatte Schwarz mit dem 4. Zuge L f 5 einen Fehler gemacht.

Vom französischen Regen in die polnische Traufe

Polnische Arbeiter auf der Rückkehr von Frankreich nach Polen

Täglich passieren hunderte polnischer Arbeiter Deutschland auf dem Wege von Frankreich nach Polen. Es handelt sich hier um solche polnischen Arbeiter, die teils freiwillig, infolge der Arbeitslosigkeit, Frankreich verlassen und nach Polen zurückkehren und teils um solche Arbeiter, die auf die brutale Weise von der französischen Polizei über die Grenze geschafft werden. Man muß, um zu verstehen, um was es hier geht, folgendes wissen: In Frankreich leben ungefähr drei Millionen ausländische Arbeiter. In den Zeiten der sogenannten Konjunktur pflegten Agenten der französischen Unternehmer Polen zu bereisen und Arbeitskräfte für Frankreich anzuwerben. Heute, da die Krise in Frankreich rapide Fortschritte macht, die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag wächst, wendet man alle Mittel an, um diese Arbeiter, die man seinerzeit ins Land gerufen hatte, wieder loszuwerden. Die Ausweisung und Auswanderung der ausländischen Arbeiter aus Frankreich ist auch mit ein Grund, weswegen in der offiziellen französischen Statistik über Arbeitslosigkeit so niedrige Zahlen aufgewiesen werden.

Die Lage dieser Arbeiter, die von Frankreich nach Polen zurückwandern, ist eine elende. Die meisten von ihnen sind jeder Mittel entböhrt. Ja, man findet tagtäglich viele unter ihnen, die nicht einmal die notwendigen Reisepesen besitzen, und von den polnischen Konsulaten etappenweise geschoben werden. In Polen erwartet diese Arbeiter das leere Nichts. Denn die Lage in Polen ist eine noch viel schlimmere als in Frankreich. Frankreich wälzt auf diese Weise einen Teil der Last seiner Arbeitslosigkeit auf seinen polnischen Bundesgenossen ab.

Die polnischen Arbeiter, die sozusagen von dem französischen Regen in die polnische Traufe kommen, sind furchtbar erbittert. Als ein revolutionärer Faktor kehren sie nach Polen zurück.

Klöster brennen in Spanien

Madrid, 9. Januar. Nach einer Mitteilung des Innenministeriums ist das Jesuitenkloster in Oña, Provinz Burgos, in Brand gesteckt worden.

Der Generallstreik in der Gegend von Logrono nimmt große Ausdehnung an. In zahlreichen kleinen Orten der Gegend ist die Arbeit niedergelegt worden. In Barcelona wollen die Arbeiter den Generallstreik für die ganze Provinz erklären.

Im Gefängnis von Vich ist eine Meuterei unter den revolutionären Gefangenen ausgebrochen. Truppen wurden in den Ort entsandt.

In Torono kam es zu Schießereien zwischen Streikenden und der Zivilgarde.

Bombenflieger gegen Rothemden

Rom, 9. Januar. Gegen 2500 Rothemden, die sich nach den wahnwitzigen Versorgungen in der Nähe von Pescara zusammengezogen haben, wurde eine britische Strafexpedition mit Bombenflugzeugen entsandt.

Litauische Parteiführer vor dem Kriegsgericht

Kowno, 9. Januar. Nach bürgerlichen Meldungen ist die Untersuchung gegen die vor einigen Tagen verhafteten sieben leitenden Funktionäre der illegalen K.P. Litauens abgeschlossen. Sie sollen wegen „Geheimbündelei“ und Hochverrats vor das Kriegsgericht.

Entsacht einen Massenprotest!

Japan setzt sich in der Mandchurei fest

Vormarsch auch in die innere Mongolei — Generallstreik im Hafen von Schanghai

Schanghai, 9. Januar. Noch während die militärischen Banden des japanischen Imperialismus eine Stadt der Mandchurei nach der anderen an sich reißen, beginnt der letzte Lauf zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten in Ostasien um die mandchurische Beute. Der japanische Imperialismus nützt die durch seine Invasion erzielte Position am japanischen Meer. Die japanischen Großbanken verfolgen bereits durch großzügige Pläne zur Finanzierung des Handels mit der Mandchurei, die Erschließung der reichen Kohstoffquellen und den Bau neuer Eisenbahnlinien ihre Profite aus der Mandchurei herauszupressen. Die japanische Großbank in Yokohama „Specie Bank“ hat zu diesem Zweck einen ihrer Direktoren nach der Mandchurei entsandt, um die Finanzierung des Handels zwischen Japan und der Mandchurei zu organisieren. Zu gleicher Zeit hat die japanische „Chosen Bank“ einen ihrer Vertreter als „finanziellen Berater“ für die Provinzbanken in Mukden, Charbin und Tsitsihar entsandt. Diese Bank hat auch beschlossen, sich an die Spitze aller chinesischen Staatsbanken in der Mandchurei zu stellen und „ein gesundes Finanzsystem in der Mandchurei aufzubauen“.

Der Tokioer Korrespondent der konservativen englischen Zeitung „Daily Mail“ verfolgt die Meldungen über die Pläne Japans mit der Mandchurei und teilt mit, daß laut „nichtoffizieller“ Ansicht Japan die Mandchurei anneklieren will, um die Kontrolle über die Ausbeutung der Naturkräfte dieses Landes in die Hand zu bekommen. Gleichzeitig soll das der mandchurischen Bevölkerung geraubte Land ausschließlich an die japanischen Grundbesitzer verteilt werden. Die japanische Regierung berät eine Reihe von Plänen über Unterstützung des japanischen Handels. Eine der ersten Aufgaben in diesem Zusammenhang sei die Verlängerung der Eisenbahnlinie Kirin-Dunhua bis zur Grenze Koreas, wodurch der japanische Handel größte Erweiterung erhalten würde.

Die Japaner haben laut Meldung der Agentur „Simbun-Rengo“ den Teil der Peking-Mukden-Eisenbahnlinie zwischen Mukden und Schanghai-Huan an sich ge-

griffen und formell der neuen Mukden Regierung übergeben. Die bisherigen chinesischen Leiter der Eisenbahnlinie wurden nicht mehr zugelassen.

Der Peking-Korrespondent der englischen „Times“ bringt einen Bericht über die Pläne der japanischen Regierung, die gesamte Mukden-Schanghai-Huan- und Peking-Mukden-Eisenbahnlinie an sich zu reißen.

Nach den Worten des Korrespondenten betrachtet die britische Mission aufmerksam diese Vorgänge, um zu verhindern, daß irgendwelche Interessen Englands gefährdet würden.

Mukden, 8. Januar. Das japanische Oberkommando hat gleichzeitig mit dem weiteren Vordringen nach dem Südbahnhof über Antsichuan hinaus auch einen Vormarsch in das Gebiet der inneren Mongolei beschlossen. Starke japanische Abteilungen sollen bereits den Vormarsch angetreten haben.

Schanghai, 8. Januar. Die Matrosen im Schanghai-Hafen haben den Generallstreik erklärt und den gesamten Hafenerkehr stillgelegt. Die Matrosen streiken auf 12 Schiffen, die der größten chinesischen Reederei gehören, um eine weitere Lohnsenkung abzuwehren.

Weißgardisten in die Verwaltung der Ostsibirabahn

Peking, 9. Januar. Die von Japan gekauften chinesischen Behörden in Charbin haben erklärt, daß sie bereit seien, 201 Weißgardisten in den Dienst der chinesischen Polizei zur Verwaltung der Ostsibirabahn einzustellen.

Die Ausführung dieses Planes bedeutet einen Bruch des Vertrages mit der Sowjetunion über die Verwaltung der Ostsibirabahn und eine neue ungeheuerliche Provokation gegen die Sowjetunion.

40 000 polnische Arbeiter im Kampf

Kattowitz, 8. Januar. Eine Versammlung von Kohlenindustriellen des Kattowitzer und Dombrowaer Gebiets hat beschlossen, bis zum 31. Januar den Tarifvertrag zu kündigen. Unter diesen Tarifvertrag, der bis zum 30. April Geltung haben sollte, fallen ungefähr 40 000 Arbeiter. Die Unternehmer verlangen einen 15-prozentigen Lohnabbau und Streichung des bezahlten Urlaubs.

Die Arbeiter lehnen diese Forderungen entschieden ab und rufen zum Generallstreik.

Vor einem Großkampf der schwedischen Metallarbeiter?

90 000 schwedische Metall- und Eisenhüttenarbeiter stehen augenblicklich in einer bedeutsamen Lohnbewegung. Nach monatelangen Geheimverhandlungen zwischen den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie ist Ende Dezember ein einmütiger Beschluß der Verhandlungskommission über eine 4-prozentige Senkung der Stundenlöhne und einen Abbau der Akkordlöhne um 6 Prozent zustande gekommen. Ebenso einmütig wurde beschlossen, dieses Abkommen bis zum Tage der Urabstimmung — die am 9. Januar mittags beendet sein muß — von den Arbeitern geheim zu halten.

Eine Funktionärskonferenz des Metallarbeiterverbandes in Göteborg hat sich einmütig für die Ablehnung ausgesprochen. Die A.G.O. fordert durch Flugblätter und Versammlungen in den Metallbetrieben die Arbeiter auf, mit Nein zu stimmen und unter selbstgewählten Kampfleitungen mit der A.G.O. den geschlossenen Kampf gegen die von den Unternehmern und den Gewerkschaftsbürokraten angeordnete Lohnrauboffensive aufzunehmen.

Kurze Auslandsnachrichten

Graham, der Handelsminister des Labour-Kabinetts und einer der reaktionärsten Wirtschaftsexperten der englischen Arbeiterpartei, ist gestorben.

In dem früheren Moskauer Luftschloß des Zaren, Peterhof ist ein Erholungs-... Befehle eröffnet worden.

Die Regierung von Uruguay hat das Parlament um die Ermächtigung zu einem Auslandsmoratorium ersucht.

Am 6. Januar haben zwischen Vertretern der Sowjetunion und Rumänien Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes begonnen. Am 7. Januar wurden Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Lettland aufgenommen.



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

Albert verweigerte seine Unterschrift. Der Leutnant entließ ihn mit der bissigen Bemerkung: „Lassen Sie sich die Zeit nicht lang werden!“

Gegen Mittag des anderen Tages wurde Albert entlassen. Er hatte in vierundzwanzig Stunden ein Stück trockenes Brot gegessen, das man den Häftlingen gereicht hatte, und war ohne eine Stunde Schlaf geblieben. Er hatte kein Fahrgeld und ging vom Alexanderplatz zu Fuß nach Hause. Er nahm jede Nachricht, die aus den Heberbüchsen der Zeitungen schrie, gierig auf. Ihm war, als sei er viele Monate von der Außenwelt abgeschlossen gewesen.

„Max Holz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt!“ — Lebenslänglich! — Lebenslänglich! Albert wurde dieses Wort nicht los. Lebenslänglich! Sein Kopf war schwer, und doch schlug dieses „Lebenslänglich!“ durch die Müdigkeit. Er hörte dieses „Lebenslänglich!“ an allen Ecken, in allen Straßen.

Die Zeitungsverkäufer machten zufriedene Gesichter. Man rief sich um die Zeitungen. In der Frankfurter Allee brüllten schon die Verkäufer der Mittagszeitungen: „Währungskatastrophe in Serbien!“ — 1100 Kronen für einen Dollar!

Der lebenslänglich Verurteilte war unter den 1100 Kronen verschwunden.

Nicht alle Mittagszeitungen hielten diese Währungskatastrophe für das bessere Geschäft. „Krieg mit Polen! — Rückgang der Kohlenförderung! — Erhöhung der Arbeitszeit in den Kennamerken auf sechsfünfzig Stunden. — Weitere Verhaftungen von Anführern der gestrigen Erwerbslosenparade.“

Albert wurde von einer inneren Unruhe vorwärtsgepeitscht. „Krieg mit Polen!“ Er dachte an Karl und Helene. Er mußte eine Karte noch stempeln lassen und hoffte, Clemens zu treffen. Doch er fand Clemens nicht vor. Das Zimmer des Aktions-

ausschusses war mit Polizei besetzt. Die Halle des Arbeitsnachweises war fast leer. Nur die zum Stempeln Zugelassenen gingen ein und aus. Niemand durfte verweilen.

„Al, Albert in die Lidschraube einbiegen wollte, hörte er seinen Namen rufen. Der Aktionsausschuß hielt auf einer Bank des Kinderpielplatzes seine Sitzung ab.“

„Wo kommst du denn her — wie siehst du denn aus, Albert?“ — fragte Clemens. „Hatten sie dich auch geschnappt?“

Albert setzte sich und berichtete. „Bist noch glimpflich abgekommen?“ nickte Clemens. „Diese Hunde!“

„Wie meinst du das?“

„Als die Schutzpolizei die Demonstranten auseinanderjagte, floh die Lademann hinter das Rathaus. Doch der Säugmann, dem sie die Arme festgehalten hatte, folgte ihr. Als der Verfolger sah, daß er sie, trotz des kurzen Abstandes, nicht einholen konnte, ließ er ihr den Kolben seines Karabiners in den Rücken, daß sie mit voller Wucht mit dem Gesicht auf das Pflaster aufschlug. Als die Genossen sie hochhoben, schoß ihr das Blut in Strömen aus dem Mund. Sie wollte noch sprechen, doch sie brachte nur noch ein Gurgeln zustande.“

Der noch junge Arbeiter, der Augenzeuge dieses Vorganges war, sah, als er Albert heridete, zu Boden und spielte, wie aus Verlegenheit, mit dem Schuh im Sand.

„Sie hat wohl auch Kinder?“ erkundigte sich Albert.

„Drei“, sagte Clemens. „Der Vater fiel im Spartakusaufstand. Die Älteste kommt im nächsten Jahr aus der Schule. Eine Genossin ist da und sieht nach dem Rechten. — Hier hast du eine Sammelliste. Sieh dich aber vor. Die Polizei hat die Sammlung verboten.“

Eine halbe Stunde später betrat Albert die Stube der Sarah. In Margots übermäßigem Gesicht standen starr Augen. „Weißt du, wo ich war?“ fragte Albert und legte Margot seine Hand auf die Schulter. „Hast wohl sehr viel Angst ausgestanden?“

Margot griff nach Alberts Hand und betastete sie, als glaubte sie noch immer nicht, was sie sah. „Wo ist der Junge?“ fragte Albert dann.

„Er steht an der Freibank, schon seit er von der Schule kam. Er hat mich abgelöst. Wir haben ja nichts zu essen, es ist nichts aufzutreiben. Geh hin, er weint so. Er steht in der zweiten Reihe.“

„Was hast du denn?“ hat er. „Sag‘. — — sag‘ doch!“

„Das weißt du doch. Immer die Schmerzen im Unterleib und das Blasenleiden. Und nun wieder der Winter, in dieser Kude; ich mag gar nicht daran denken.“

„Morgen gehen wir zum Arzt. Er soll uns ein Attest schreiben, vielleicht bekommen wir dadurch doch eine Wohnung.“

Sie bekamen das Attest. Albert ging zum Wohnungsamt. Als er eingelassen wurde, stand er Kümml gegenüber.

„Es freut mich, etwas für euch tun zu können“, sagte Kümml, nachdem er Albert abgefertigt hatte und ihn vor die Tür gefolgt war. „Wir müssen natürlich richtig sein. Mein Nebenmann ist ein Deutschnationaler. Diese Herrschaften passen auf wie die Schießhunde. Sie wollen nur ihre Leute unter-schieben. Das ist dann nämlich keine Parteiwirtschaft! — Ich werde selbst rauskommen und die Recherchen annehmen. Besser ist besser!“

Sonntags darauf kam Clemens und brachte Post von Karl und Helene. Auch einige Photos waren dabei. Das Haus, an dem sich der Bach hinschlängelt, die Straße durchs Dorf hinaus, die Wiesen links und der Objgarten rechts. Im Hintergrund die Kirche mit den Linden davor. Klaus sitzt auf einem zottigen Hund und lacht. Karl und Helene stehen neben den Eltern unter dem großen Apfelbaum im Hof.

Nun klopfte wieder jemand an die Tür. „Herein!“

Kümml trat ein. Er nahm am Tisch Platz, auf dem die Photos lagen, und erkannte Karl und Helene. „Ist das der Kleine, der da auf dem Bauwagen reitet? — Wie das alles ranwächst! — Ich weiß noch, als wäre es gestern gewesen, wie er geboren wurde. Wie alt ist er denn?“

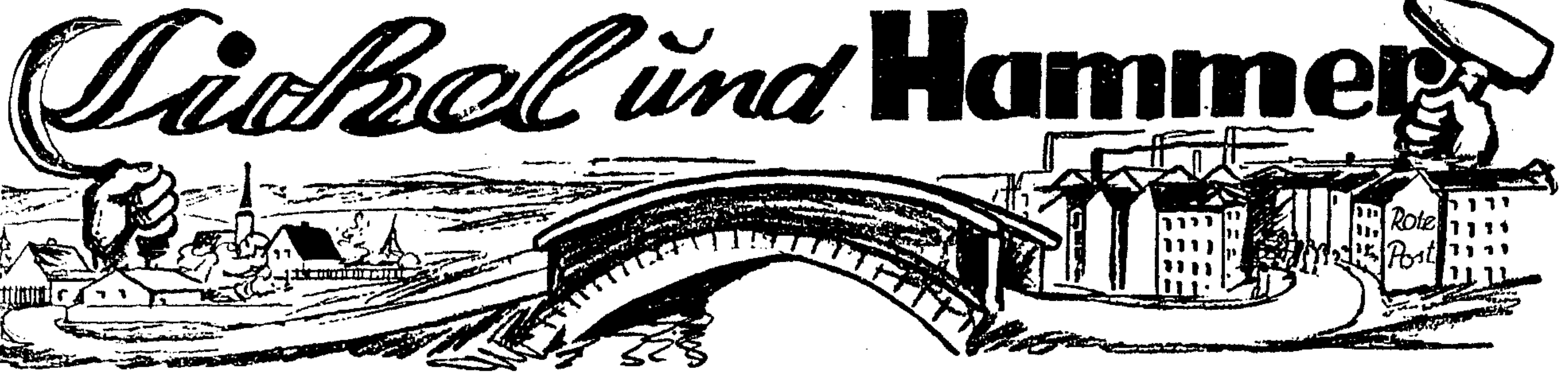
„Wird bald zwei Jahre“, antwortete Margot.

„Sind wohl auf der Sommerfrische? Schmeint überdies eine sehr schöne Gegend zu sein? Dieser Stöpsel lacht über das ganze Gesicht auf dem Röter. Uffig. Ha—ha—ha—ha!“

„Sie sind bei den Eltern in Polen“, sagte Albert.

„Sooo! Na, geht ihnen doch hoffentlich gut? Ist ihnen auch zu gönnen.“

(Fortsetzung folgt)



Sichel und Hammer

50 Millionen Bauern hungern In Mittel-, Süd- und Westeuropa

Sollten sie wirklich hungern, die Bauern? Kaum zu glauben, und doch ist es so. Oder ist es vielleicht kein Hunger, wenn in vielen Dörfern der Niederlausitz, der Grenzmark und in Niederschlesien die Hunde rapid abnehmen und in die Schmortöpfe der Bauernlaten wandern, obgleich ein Kalb nur den Wert von 15 M. hat, oder wenn Bauern ihre Kagen schlachten, um endlich wieder einmal Fleisch zu essen, oder wenn die Bauern mit Revolvern, losendem Wasser und Baumstämmen ihre letzte Habe den Gerichtsvollziehern gegenüber im bittersten Kampfe verteidigen?

Hunderte von Millionen Mark wurden an Subventionen den Großgrundbesitzern gezahlt. Der kleine, werktätige Bauer ging leer aus und steht trotz schwerer Arbeit heute vor einem Nichts. Zum Überflus hat ihm das kapitalistische Regime noch Steuern und Zinsen bis auf den letzten Pfennig abgefragt. Die Säcke voll Korn, die fetten Schweine und Gänse und Körbe voll Obst werden vom Hofe gesenkt und der Kartoffelfelder, der Heuboden und der Kuhstall geräumt, so daß ihm selbst nichts zum Beifügen übrigbleibt.

Viele Ferkel wurden unheimlich lange und geduldig erzogen, aber das Fleisch scheint voll zu sein, und die Masse der Bauern ist in Gärung geraten. Vintige Kämpfe zur Verbinderung von Zwangsversteigerungen, Verhaftung von Bauernführern, Kampfkomitees nicht in den kleinsten Dörfern, Polizeiterror bei Bauernversammlungen und die plaudernden Blasen auf dem säuernden Meer und der Weg, wohin die Reise geht, zeichnet sich immer deutlicher ab.

Aber nicht nur in Deutschland, sondern über ganz Europa mit Ausnahme der Sowjetunion schwingt der Intendant Hunger über die Dörfer. Betrachten wir, wie dieser geürchtete Gast in den verschiedenen Ländern haust

Polen: Bauern werden standrechtlich erschossen
Unter dem unerschrockenen Diktator des Illiberalismus wird

der werktätigen Bauernschaft der Hungerriemen täglich enger geschnallt. Ein ungeheurer Kampfwille der bedrückten Bauern aber ist die Antwort. In allen Provinzen bilden sich Dorfkomitees, und mit Sensen, Heugabeln und Knüppeln bewaffnet verjagen die geknechteten Bauern die Steuererheber und Gerichtsvollzieher. Der neu eingerichtete „Rote Eilbotenendienst“ verbreitet mit großer Schnelligkeit das Gerannahen der Polizei und des Militärs, damit sich die Bauern vereint gegen die Soldknechte der Regierung wehren können. Die Not unter den Bauern ist so groß, daß sie in Gruppen von hundert und mehr Mann auf die Felder der Großgrundbesitzer gehen und dort wegschleppen, was sie nur fortbringen können. In den letzten fünf Monaten wurden im polnischen Weichrußland 1200 Feuerbrünste entzündet. Im Kreise Oppeln beschlagnahmten die Bauern die Weiden der Großgrundbesitzer und in den Kreisen Breslau-Litowitz und Bialystok verweigern sämtliche Bauern die Steuerzahlungen, trotzdem zehn Bauern standrechtlich erschossen wurden. Die Bahnstation Besdanz wurde mittels Höllenmaschinen zerstört und Bahnkörper und Telegraphenleitungen unterbrochen. Das zur Unterdrückung der Bauernrevolten geseandte Ulanenregiment weigerte sich, gegen die Bauern vorzugehen und meuterte. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte und Vieh sind derartig gefallen, daß eine Kuh nur noch 20 M. kostet und ein Pferd schon für 5 M. zu haben ist. Angesichts der guten Lage ihrer Väter jenseits der Grenze, in der Sowjetunion, kämpfen die Bauern trotz schärfster Unterdrückung, denn sie wissen, daß der Tag ihrer Befreiung immer näher rückt.

Rumänien: Die Ofentüren werden versiegelt
Dort haben von 60 000 Bauern allein 25 000 weder einen Pflug noch lebendes Inventar, und Revolten sind an der Tagesordnung. Die Gerichtsvollzieher haben nichts mehr zu plündern

und versiegeln daher die Ofentüren, damit nicht mehr gehetzt werden kann, oder entziehen der Bauersfrau das jüngste Kind, um sie so zur Zahlung der Schulden zu zwingen. Hunde und Katzen sind schon längst den Weg allen Fleisches gegangen.

Bulgarien: Rückkehr zum Tauschhandel
Hier wütet das faschistische Regime nicht minder schwer, und nur durch ein gut organisiertes Bandenwejen können die offenen Revolten der Bauern noch einigermaßen bekämpft werden. Allein im Petritschgebiet wurden in den letzten drei Jahren 2000 ausländische Bauern ermordet. Und trotzdem schallt es im bulgarischen Parlament: „Es lebe die Sowjetunion!“ Mindestens 850 000 Kleinbauern können sich nicht auf ihrem Acker ernähren und müssen die Felder der Großgrundbesitzer plündern. Große Dörfer mit 500 und mehr Höfen haben das Wirtshaus schließen müssen, weil niemand mehr Bargeld besitzt. Industrielle Produkte können nur noch durch Entgegennahme von Getreide, Vieh, Obst, Geflügel usw. erworben werden.

Tschechoslowakei: Bewaffnete Ueberfälle auf Güter
Die Gehiltsbauern im Böhmisches-Mährisches Gebiet sind mit 2 916 Kronen pro Hektar weit über 80 Prozent des Wertes verschuldet und mußten die Zinszahlungen einstellen. In der Südböhmische greift der Hunger unter der Kleinbauernschaft derart um sich, daß sie des Nachts bewaffnet mit Heugabeln, Sensen und Axten auf die Felder der Großgrundbesitzer gehen und sie abräumen. Ihre Ziegen lassen sie auf verbotenen Weiden grasen und bewaffnen sie die Wähe mit Drehslegeln und Zaunlatten. Im Bezirk Opatowitz gibt es kein Brotkorn mehr und leben die Bauern schon wochenlang nur noch von Kartoffeln. Die Bauern des Nordböhmischen Rübenanbaugesbiet bilden 23 Kampfkomitees gegen die Steuerbehörde, die ihre Guthaben bei der Zuckerfabrik beschlagnahmt hat.

Irland: Bauernrevolten, Barrikadenkämpfe
Eine ungerechte Verteilung des Bodens drängt zwei Drittel der Bauern auf ein Fünftel des Bodens zusammen. Trotz Vergrößerung der Weidestflächen ist die Viehwirtschaft völlig im Niedergang. Das irische und englische Bankkapital preßt allein 12 Millionen Mark jährlich an Zinsen aus den werktätigen Bauern heraus. Bauernrevolten und Barrikadenkämpfe gegen Zwangsversteigerungen sind an der Tagesordnung. Um nicht den letzten Rest der Ernte den Gerichtsvollziehern in die Hände fallen zu lassen, und um nicht zu verhungern, verstecken die Bauern gegenseitig ihr Vieh und ihre Vorräte.

Spanien: Bündnis der Bauern mit Arbeitern
Die gesamte Kleinbauernschaft ist müde, sich noch weiter von der Regierung und den reichen, kalten Klosterbewohnern weiter unterdrücken zu lassen. Kurzerhand haben die Landarbeiter und Kleinbauern in Arino, Oren, Deba, Almodova und besonders in der Provinz Andalusien Besitz von den Gütern der Großgrundbesitzer ergriffen und bewirtschaften sie diese. Die Viehhirten in Alhacete haben das Vieh der großen Besitzer unter sich aufgeteilt. Aus den Städten Sevilla usw. schlössen sich 30 000 Arbeitslose den Bauern an, denn sie hatten ebenfalls satt, ihr irdisches Pflaster noch länger so weiter zu tragen. Die republikanische Regierung läßt Flugbomben in Lahlata niederlegen, um gegebenenfalls mit Flugzeugen gehörig durchzureißen zu können.

Italien: Bauern im Kampf mit der Carabinieri
Im Lande Mussolinis sollte großzügig gesteuert werden, um die Landflucht zu bekämpfen. Diese großspurig angekündigte Sicherungspolitik ist kläglich gescheitert. Die teilweise Durchführung hat zu einer schamlosen Ausbeuterpolitik der Bauern geführt. In den Provinzen Toscana, Campobasso usw. stürmen die Bauern die Gemeindehäuser und stehen im Kampf mit der Carabinieri. Die italienischen Bauern wollen nicht nur Arbeit, sondern auch Brot, und das hat ihnen Mussolini noch nicht gebracht, denn sie haben noch immer Hunger.

Schweden:
Nachdem die schwedisch-russischen Kolonisten, die vor zwei Jahren auf die falschen Versprechungen der Wjassien hin ihre russische Heimat verlassen hatten, von der schwedischen Bourgeoisie genarrt wurden, kehren sie in ihre Heimat, der Südukraine, in der Sowjetunion, zurück. Sie haben genug von der schändlichen Verhandlung der schwedischen Ausbeuter und sind zu klassenbewußten Kämpfern und Kommunisten geworden, die sich in ihren Heimatdörfern den Kollektivwirtschaften eingliedern werden.

Selbst in den kleineren Staaten wie Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Schweiz, begehren die Bauern auf, weil sie wissen, daß sie von den Kapitalisten rücksichtslos ausgebeutet werden.

So trübe die wirtschaftliche Lage der Bauern in den meisten Ländern ist, so hoffnungsvoll ist aber auch ihre Stimmung; denn sie wissen, daß das Rad der Zeit nicht stille steht und daß in der Sowjetunion nicht nur das neue Reich der Arbeiter, sondern auch aber schicht Militär und Polizei zur Herstellung der Ordnung und des schaffenden Volksbewusstseins begonnen hat.

Kollektiv-Bäuerinnen in der Sowjetunion frisch, gesund und satt



Nach der Heimkehr vom Felde notieren sie ihre tägliche Arbeitsleistung zur Verrechnung im Kollektiv. Sie wissen für wen sie arbeiten.

Werbt
neue
Leser
für
unsere
Zeitung